Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 104. **Donnerstag** den 14. April 1881. **75. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Freitag, den 15. April,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Verpachtung von Gartenplätzen.

Von dem **zwischen dem Gohliser Fahrwege** und der **Eutritzscher Straße** auf der der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen **Parcelle Nr. 2707** der Stadtflur gelegenen Gartenplatz Nr. 14 sollen **2 weitere Unterabtheilungen** und zwar Nr. 14I, 14K, von je 145 **Quadratmeter** Flächengehalt **zur Anlegung von Gärten,** welche jedoch nicht zum gewerbsmäßigen Betriebe der Gärtnerei benutzt werden dürfen, **sofort gegen einjährige Kündigung**

Donnerstag, den 14. d. M.
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, **an die Meistbietenden verpachtet** werden.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 6. April 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Städtische Gewerbeschule.

Die Ausstellung der Schülerarbeiten im Schullocal, Grimmaischer Steinweg Nr. 18, 2. Etage, findet vom

12. bis 19. dieses Monats von 10—1 Uhr

statt.

Zum Besuch derselben beehrt sich im Namen des Lehrer-Collegiums ergebenst einzuladen

Leipzig, am 12. April 1881.

Der Director
Rieper.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 14. April.

Mit besonderem Interesse wird man alle Kundgebungen verfolgen, welche auf die gegenseitige Stellung der liberalen Parteien unter sich bei den bevorstehenden Wahlen Licht werfen. Eine solche Kundgebung liegt wieder seitens des Parteitags der deutschen Fortschrittspartei in Franken vor, der am Sonntag in Nürnberg stattgefunden. Die dort gefaßten Beschlüsse, welche eine Art von Programm darstellen, sind im Allgemeinen besonnener und maßvoller Natur und es läßt sich auch vom nationalliberalen Standpunct nicht viel dagegen einwenden. Ueber das Verhalten der verschiedenen liberalen Parteien bei den Wahlen heißt es: „Alle Liberalen müssen gegen die Wahl von Conservativen, Ultramontanen oder Socialdemokraten ihre volle Kraft aufbieten, und wir erachten es daher in Wahlkreisen, in welchen die Gefahr besteht, daß die eine oder andere dieser Parteien das Uebergewicht erhält, für die dringende Pflicht eines jeden Mannes, der sich zu einer der liberalen Parteien rechnet, mit den übrigen Liberalen zusammen zu stehen. Die vorwiegende Richtung der liberalen Wähler in einem Wahlkreise wird für die Aufwahl der Abgeordneten bestimmend sein müssen."

Auch diesem Satz können wir vollständig beistimmen. Wir haben aber bisher nirgends bemerkt, daß seitens der Fortschrittspartei praktisch danach gehandelt wird. Wir können schon jetzt eine ganze Reihe von Wahlkreisen namhaft machen, in denen die Wahl von Conservativen, Ultramontanen oder Socialdemokraten mit großer Wahrscheinlichkeit zu befürchten steht, in denen die vorwiegende liberale Richtung entschieden den von der nationalliberalen Partei verfochtenen Grundsätzen entspricht und in denen trotzdem im Widerspruch mit jenem theoretischen Satz und unbekümmert um die Förderung, die dadurch den Conservativen, Ultramontanen oder Socialdemokraten geleistet wird, die Fortschrittspartei ihre eigenen Candidaten gegen die langjährigen nationalliberalen Vertreter aufstellt. Auch wir sind für das Zusammengehen aller Liberalen gegen die Parteien der Reaction oder Revolution; allein dies Zusammengehen muß im Allgemeinen auf einer ehrlichen Anerkennung des Besitzstandes beruhen und darf nicht praktisch darauf hinauslaufen, daß unsere Partei allenthalben durch den „entschiedenen Liberalismus" aus ihren Wahlkreisen hinausgedrängt werden soll.

Der Nürnberger Parteitag hat noch einen andern Beschluß gefaßt, der für die Beurtheilung der in Rede stehenden Frage von Interesse ist. Dieser Beschluß lautet: „Ueberzeugt, daß eine große entschieden liberale Partei das zu erstrebende Ziel und die nothwendige Voraussetzung einer wirklich parlamentarischen Regierung ist, halten wir daran fest, daß vor Allem die deutsche Fortschrittspartei und die Secessionisten bei den bevorstehenden Wahlen Hand in Hand zu gehen zur Aufgabe haben und sich nirgends bekämpfen sollen. Diejenigen Bestandtheile der Volkspartei, welche ehrlich auf dem Boden der Reichsverfassung stehen, werden keine Veranlassung haben, sich hierbei von uns zu trennen." Es wird hier auf ein Wahlbündniß mit Secessionisten und Volkspartei hingewiesen, mit berechneter Schweigsamkeit aber der nationalliberalen Partei nicht mit einem Wort gedacht. Das sind nicht die Vorbereitungen zu einem ehrlichen Bund unter den liberalen Parteien, sondern nur dazu, den gesammten Liberalismus ins Lager der Fortschrittspartei herüberzuziehen.

Aus London liegen heute sehr bemerkenswerthe Meldungen vor. Nach einer Kabeldepesche trat O'Donnell, einer der Pulver-Attentäter gegen Mansion-House, am Sonnabend mit einem französischen Dampfer in New-York ein. Derselbe behauptet, daß 6 Personen am Complott betheiligt gewesen seien; der Lordmayor wurde zum Opfer auserkoren, weil er, obgleich Irländer, die irische Zwangsbill befürwortet habe. O'Donnell flüchtete mit einem Genossen nach Frankreich, wo Letzterer noch weilt, vier Verschwörer sind noch gegenwärtig in England. Eine fenische „Scharmützelbande" in New-York verurtheilte Gladstone, als den Urheber der Zwangsbill, welche einen blutigen Zusammenstoß zwischen Polizei und Bevölkerung in Irland herbeigeführt habe, zum Tode und berathschlagte die Art der Urtheilsvollstreckung. Die Londoner Polizei ergriff Vorsichtsmaßregeln. — Wir knüpfen an diese Mittheilungen eine überaus interessante Correspondenz der „Post" über die England jetzt beschäftigende Frage des „Processes Most". Das genannte Blatt schreibt:

Der Proceß gegen Most wird vermuthlich Anfang nächsten Monats zur Verhandlung kommen. Mittlerweile werden von Seiten der Radicalen große Anstrengungen gemacht, um die öffentliche Meinung zu Gunsten des Angeklagten zu beeinflussen. In Versammlungen und einzelnen Blättern wird leidenschaftlich an das Volk appellirt, seine alten geheiligten Freiheiten zu vertheidigen, welche durch fremde Einmischung und ausländischen Absolutismus bedroht wären. Selbst viele liberale und conservative Blätter haben sich gegen das Vorgehen der Regierung ausgesprochen. Es verdient indessen in Betreff dieser conservativen Blätter erwähnt zu werden, daß ihre Beurtheilung der Regierung mehr der herkömmlichen Partei-Gegnerschaft entspringt, die so häufig die Annahme verständiger und gerechter Maßnahmen verhindert, als einer wirklichen Mißbilligung des gegen Most eingeschlagenen Verfahrens.

Man hat in dem Most'schen Falle ... auf die Verschwörung Orsini's gegen Napoleon III. Bezug genommen und behauptet, daß, wie Lord Palmerston, als er in Folge der Pression der französischen Regierung eine Bill für die Bestrafung der gegen fremde Souveräne gerichteten Verschwörungen einbrachte, geschlagen wurde und seine Stellung niederlegen mußte, so auch jetzt jeder Versuch, die Freiheit des englischen Volks zu beschränken, fehlschlagen müsse. Diese Begründung wird aber nicht durch die Thatsachen unterstützt und paßt auch nicht auf den vorliegenden Fall. Ich will mich hier darauf beschränken, zwei Fälle anzuführen, in denen rechtlich festgestellt worden ist, daß Angehörige dieses Landes nicht ungestraft Schmähschriften veröff... den dürfen, in denen fremde Souveräne angegriffen oder geschmäht werden. Es sind dies die Fälle Lord Goodon's und Vint's, welche beide von englischen Geschworenen eines Vergehens für schuldig befunden wurden; Lord Goodon, weil er eine gegen die Königin Marie Antoinette gerichtete Schmähschrift veröffentlicht hatte, Vint, weil er sich in einem Zeitungsartikel das gleiche Vergehen gegen den Kaiser Paul hatte zu Schulden kommen lassen. Es ist vielleicht interessant und nützlich, die incriminirte Stelle in Vint's Artikel mit dem Most'schen Artikel zu vergleichen und so zu sehen, ob die 12 Geschworenen, welche von den Radicalen und den feindlichen der Regierung bearbeitet werden, Most für nichtschuldig zu erklären, durch die Heftigkeit des Vint'schen Angriffs gezwungen sein würden, dem Beispiele jener 12 englischen Geschworenen nicht zu folgen, welche letzteren ohne Bedenken für schuldig erklärten. Wir lassen deshalb jene Stelle in dem Vint'schen Artikel hier folgen. „Der Kaiser von Rußland macht sich bei seinen Unterthanen durch verschiedene Akte der Tyrannei verhaßt und in den Augen Europas durch seine Inconsequenzen lächerlich." Wenn eine derartige Sprache Straflos gefunden werden konnte, ist es dann möglich, daß ein vernünftiger und ehrlicher Geschworener den Verfasser des schmählichen Triumphgeschreis der „Freiheit" bei der Ermordung des Kaisers Alexander und der civilisirten Tiraden, in denen zum Morde aller Souveraine aufgefordert wird, für nicht schuldig erklären kann? Wäre es möglich, daß einem Ausländer in einem derartigen Falle ein Privilegium zustände, welches man einem Engländer verweigerte? Ebenso gut könnte man fragen, ob man in England allen Sinn und Verstand verloren hat.

Wenn man bei dem Most'schen Falle auf das Verbrechen Orsini's Bezug nimmt, so läßt man vollständig den Hauptunterschied zwischen beiden Fällen außer Augen. Das Verbrechen Orsini's wurde außerhalb Englands begangen, das Vergehen Most's hat in England selbst stattgefunden, er ist in England verhaftet worden und es ist nicht davon die Rede, für seinen Fall eine neue Bill einzubringen. Die englischen Gesetze reichen dafür vollständig aus und die Version einer gewissen auswärtigen Regierung wäre daher unnütz.

Diese Pression, für die nicht der geringste Beweis vorhanden ist, ist einfach ein taktisches Manöver seitens der Radicalen, um die jetzige Regierung in Mißcredit zu bringen und die Geschworenen zu beeinflussen. Es steht im Interesse der Ehrlichkeit und des gesunden Menschenverstandes, die man bei dem englischen Volke mit Recht preist, zu hoffen, daß ein so unwürdiges Verfahren keinerlei Erfolg haben werde.

Der Bundesrath hielt am Dienstag unter dem Vorsitze des Staatsministers v. Bötticher eine Plenarsitzung ab, in welcher der Vorsitzende zunächst Mittheilung von der erfolgten Ernennung des Unterstaatssecretairs im auswärtigen Amte, Dr. Busch, zum königlich preußischen Bevollmächtigten zum Bundesrathe machte. Der von dem Präsidenten des Reichstags mitgetheilte Beschluß des Reichstags zu einer Petition wegen Abänderung der internationalen Reblausconvention bezüglich der Ein- und Ausfuhr von Pflanzen mit Erdballen wurde dem Herrn Reichskanzler überwiesen. Nach dem Antrage des 3. und 4. Ausschusses wurde hierauf der Nachtrag zum amtlichen Waarenverzeichniß genehmigt; derselbe soll mit dem 1. Mai d. J. in Kraft treten. Auf Antrag derselben Ausschüsse wurde bezüglich verschiedener Gesuche um Erlaß der Nachverzollung von Anchovis abschlägige Bescheidung beschlossen. Bestimmungen über die Behandlung unrichtiger Declarationen der Feinheitsnummern bei einzuführendem Garn wurden nach dem Antrage des Zoll- und Steuerausschusses festgesetzt. Den Schluß machte die Ernennung von Commissarien zur Berathung von Vorlagen im Reichstag und die Vorlegung von Eingaben.

Selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" scheint das Gesetz wider die Trunksucht aufgegeben zu haben. Sie schreibt: „Nach einer hiesigen Correspondenz auswärtiger Zeitungen gilt es als zweifellos, daß der Gesetzentwurf über Bestrafung der Trunksucht in der gegenwärtigen Reichstagssession unerledigt bleiben werde. Begründet wird diese Annahme gewissermaßen mit der Bemerkung, daß der Entwurf im preußischen Justizministerium viele und lebhafte Bedenken gefunden habe. Dagegen ist vielmehr anzunehmen, daß der Entwurf noch im Reichstage zur Erledigung gelangen wird. Das preußische Justizministerium hat, wie Dies stets geschieht, bei Aufstellung des Entwurfs seine Auffassung zu erkennen gegeben und in technischer Beziehung weitere Erwägungen anheimgestellt. Seit Monaten aber hat sich dies Ressort mit dem Gesetzentwurf weiter nicht beschäftigt". Eine unbedeutendere legislatorische Arbeit als das Trunksuchtsgesetz dürfte die Reichsregierung wohl selten zu den Todten geworfen haben.

Herr von Puttkamer wird also wenigstens bis zum Sommer die beiden Ressorts des Innern und des Cultus neben einander verwalten; so will es Fürst Bismarck. Man muß gestehen, eine passendere Zeit, um den Versuch zu machen, ob eines einzigen Mannes Kraft zur Bewältigung der vereinten Arbeitslast hinreicht, hätte nicht leicht ausgewählt werden können. Denn für den Augenblick ist kein einzelnes Ministerium in Preußen, nicht das der Justiz (denn die neue Gerichtsorganisation ist vollständig durchgeführt und arbeitet exact), nicht das der öffentlichen Arbeiten (denn die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist vorläufig abgeschlossen), so wichtig wie eines von jenen beiden. Im Cultusministerium gilt es, bei den immer weiter fortschreitenden Friedensverhandlungen mit Rom und dem preußischen Episkopat die Augen offen zu halten und dem Staate nicht allzuviel zu vergeben, und das Ministerium des Innern hat alle Hände voll zu thun, um den organisatorischen Gesetzen, die am 1. d. Mts. eingeführt werden sollten und nach dem Scheitern des Competenzgesetzes eines befriedigenden Abschlusses völlig entbehren, wenigstens durch Ausführungsbestimmungen eine Wirksamkeit zu ermöglichen. Trotzdem ergeben sich Stockungen da und dort, und es steht noch nicht einmal fest, welchen Personen die Durchführung der neuen Ordnung anvertraut werden soll. An Stelle der bisherigen Vicepräsidenten an den Sitzen der Oberpräsidenten müssen jetzt Regierungs-Chefpräsidenten ernannt werden, aber bisher scheint eine solche Ernennung nur in Danzig erfolgt zu sein. In Magdeburg fehlt sogar seit dem 1. ds. Mts. der Oberpräsident, und trotzdem muß der frühere Vicepräsident, der auch schon seinen Abschied erhalten hat, einstweilen die Geschäfte fortführen. Wie wir hören, verschließt sich denn auch Herr v. Puttkamer nicht der Nothwendigkeit, in dieser Beziehung baldigst eine Aenderung eintreten zu lassen. Es dürften demzufolge in nächster Zeit Versetzungen und Beförderungen in der höheren Bureaukratie in größerem Maßstabe stattfinden, und man erwartet die bezüglichen Ernennungen noch vor der Reise des Kaisers nach Wiesbaden. Einzelne der hierbei in den Vordergrund tretenden Personenfragen werden nicht ohne alle Schwierigkeiten sein und eine delicate Behandlung nöthig machen.

Die „Nordd. Allg. Ztg." enthält in Anknüpfung an eine neuliche Wahldebatte eine längere Auslassung über die nationalliberale Partei. Der Zweck des Artikels ist, den Nationalliberalen zu Gemüthe zu führen, daß, wenn sie nicht mehr die einflußreiche Stellung von früher einnehmen, Dies der Abwendung von der „nationalen" Politik des Reichskanzlers zuzuschreiben sei, oder mit andern Worten, daß sie sich im Widerspruch mit ihrer früheren Haltung in die Opposition hätten drängen lassen. Dieser Auffassung liegt der alte fehlerhafte Gedanke zu Grunde, der die officiöse und gouvernementale Presse beherrscht. Daß das politische Einvernehmen zwischen dem leitenden Staatsmann und der nationalliberalen Partei nicht mehr das alte ist, das ist freilich nicht zu leugnen. Allein es ist falsch, zu behaupten, daran sei die letztere schuld, indem sie ihre Haltung und ihre Grundsätze plötzlich geändert habe. Die Wandlung ist nicht auf Seiten der nationalliberalen Partei vor sich gegangen, sondern auf Seiten des Reichskanzlers, dessen Politik in manchen Principienfragen einem andern Grundgedanken entspringt als früher und darum die Verständigung mit den gemäßigten Liberalen erschwert und oft ganz unmöglich gemacht hat. Die Erfahrung wird doch lehren, daß eine nationale Politik auf die Dauer im Gegensatz zu den gemäßigt liberalen Elementen nicht zu führen ist, und wenn es wirklich einmal so weit kommen sollte, daß — worauf jetzt von rechts und links hingearbeitet wird — Reaction und Radicalismus sich unvermittelt und unversöhnlich gegenüberstehen, so würde eine kurze Probezeit genügen, um aufs Neue die Unentbehrlichkeit einer gemäßigt liberalen Mittelpartei darzuthun.

Die Mittheilung, daß Professor Reuleaux, der freilich erst von seiner Ausstellungsreise nach Melbourne zurückgekehrt sein muß, die Stelle eines Unterstaatssecretairs im Handelsministerium erhalten soll, klingt gar nicht so unwahrscheinlich, wenn auch in erster Reihe daran festzuhalten sein wird, daß Herr Reuleaux der Nachfolger des Unterstaatssecretairs Jacobi im Präsidium des Reichspatentamts sein dürfte. Die Zeiten sind ja vorüber, in welchen derartige Posten nach der Anciennetät in einem streng bureaukratischen Schema besetzt werden, auch werden jetzt immer mehr Männer der Praxis, zu denen ja Herr Reuleaux trotz seines Professortitels allmählich zu rechnen ist, in die Ministerien hineingezogen. So hat Herr Maybach neuerdings den technischen Director der Bergisch-Märkischen Eisenbahn, früheren Obermaschinenmeister Stambke, als vortragenden Rath in das Arbeitsministerium berufen.

In der braunschweigischen Erbfolgefrage wird daran erinnert, daß vor nicht langer Zeit in Braunschweig ein Regentschaftsgesetz, wie es hieß, unter Billigung der Reichsregierung, zu Stande gekommen ist, worin für den Fall der Erledigung des braunschweigischen Thrones Vorsorge getroffen ist; dasselbe beruht auf der Annahme, daß der Herzog von Cumberland der rechtmäßige Erbe, aber wegen seiner bekannten Stellung zum Reiche nicht regierungsfähig sei, und bestimmt, daß während der Fortdauer dieses Standes der Dinge ein Regentschafts-Ausschuß die Regierungsgeschäfte zu führen haben wird.

Am Dienstag fand in Hamburg eine seitens der Handelskammer einberufene Versammlung „Eines ehrbaren Kaufmanns" statt mit der Tagesordnung: „die Freihafenstellung Hamburgs". Ueber das Ergebniß derselben ist bereits telegraphisch berichtet worden; aus den Verhandlungen ist indessen die Rede des Herrn Heinrich Amsinck hervorzuheben. Genannter Herr kam auf ein in letzter Bürgerschaftssitzung stattgehabtes Vorkommniß zurück, bei welchem des greisen Kaisers in einer Weise gedacht sei, welche die allseitige Empörung wachgerufen habe. Allerdings habe jene Aeußerung sofort die gebührende Zurechtweisung gefunden und hätte Redner deshalb keinen Anlaß, auf diese Angelegenheit in dieser Versammlung nochmals zurückzukommen; wenn er diese Angelegenheit aber trotzdem berühre, so geschehe Dies, um auch der Hamburger Kaufmannschaft, der man so häufig den Patriotismus abzusprechen sich bemüht habe, in ihrer Gesammtheit Gelegenheit zu geben, ihrer Verabscheuung jenes Vorkommnisses und der durch dasselbe gekennzeichneten Gesinnung Ausdruck zu verleihen. Die Hamburgische Kaufmannschaft möge in der Bethätigung ihrer Liebe zu und ihrer Achtung vor der Person unseres Kaisers mit dem Redner einstimmen in den Ruf: Kaiser Wilhelm, Hoch, Hoch, Hoch! (Die Versammelten stimmten in diesen Ruf drei Mal begeistert ein.)

Eine Gemeinde der siebenbürgischen Sachsen klagt einer Leipziger Verlagsbuchhandlung, welche sie in anerkennenswerther Weise mit deutschen Büchern unterstützt, ihre liebe Noth. Die magyarische Comitatsbehörde hat ein Statut ausarbeiten lassen, nach welchem Bücher für Volksbibliotheken nur mit Genehmigung des königlich ungarischen Schulinspectors angeschafft werden dürfen. Der amtlich eingelieferte und zur Benutzung aufgedrungene Katalog weist sich als ein Verzeichniß lauter magyarischer Originalwerke und magyarischer Uebersetzungen von deutschen, französischen und englischen Romanen aus, dem auch kein einziges deutsches Buch einverleibt ist. Da außer dem Pfarrer und dem Notar kein Mensch in der Gemeinde ein Wort ungarisch versteht, so wird diese gegen ein solches Verfahren protestiren; mit welchem Erfolge, läßt sich denken. Möchte der deutsche Verlagshandel unter diesen beklagenswerthen Verhältnissen nicht verabsäumen, unsere deutschen Landsleute in Siebenbürgen recht reichlich mit guten Büchern zu unterstützen.

Als ein Pröbchen wahrhaft erheiternder Zustände in Ungarn wird berichtet, daß man die Candidatur des Ministerpräsidenten Tisza für den nächsten Reichstag in Südungarn, und zwar in einer serbisch-deutschen Stadt, in Neusatz, aufgestellt hat! Eines schönen Morgens waren alle Ecken in Neusatz mit riesigen Placaten „Eljen Tisza" beklebt. Dieses Curiosum erklärt sich durch die Stellung der Deutschen zu den Magyaren. Die Stadt Neusatz hatte nämlich früher immer eine serbische Mehrheit, und auch bei der letzten Reichstagswahl ist der serbische Candidat durchgedrungen. Seitdem man aber zu Neusatz das nächste deutsche Dorf Jarek zugeschlagen hat, dessen Einwohner am Neusatzer Hotter Felder haben, gehen die Serben einer Majorisirung entgegen, zumal sie ihre Steuern nicht regelmäßig zahlen. Aber die Neusatzer Deutschen und Magyaren wurden unter sich uneinig, und so hätten die Serben wieder den Sieg davon getragen. Die Magyaren wurden nämlich in letzter Zeit frech und übermüthig gegen die Deutschen. Die vielen ungarischen Beamten und die Lehrer am ungarischen Gymnasium schimpften gräulich über alles Deutsche. Da rafften sich aber die bedeutend zahlreicheren Deutschen zusammen und stellten ihren deutschen Candidaten auf. Um den Sieg der Serben zu verhindern, compromittirte man zuletzt — auf Coloman Tisza! Es scheint wirklich, daß der Ministerpräsident die Candidatur anfangs angenommen hatte, denn über drei Tage prangten die Placate in Neusatz mit „Eljen Tisza!" Aber zuletzt fand man in Pest die Sache doch zu bunt. Das wäre gerade Wasser auf die Mühle der äußersten Linken, daß Tisza in einer serbisch-deutschen Stadt candidirte! Jetzt ist man in Neusatz von der Candidatur Tisza's abgestanden; was aber nun werden wird, darüber schweigt die Correspondenz.

Die tunesische Expedition erhält Paris in fieberhafter Spannung. Aus Tunis wird telegraphisch gemeldet, daß der General Sadi Alliby feierlich mit dem Commando der tunesischen Armee betraut wurde und demnächst abzieht; er sammelt sich jetzt nahe beim Bardo. Außer den 700 regulären mit dem Kriegsminister abgezogenen Soldaten campiren noch 5000 bei Soukel Braba. Niemand wisse, so heißt es weiter, welche Haltung diese Truppen einnehmen werden, wenn die Franzosen die tunesische Grenze überschreiten. Der Protest des Beys ist an den Straßenecken von Tunis angeschlagen. Die antifranzösische Partei fange an, sich weniger drehend zu zeigen, in Folge der italienischen Krise jedoch hegten die Franzosen noch ernstliche Befürchtungen; der italienische Consul Maccio fahre fort zu hetzen. Die Tuneser Franzosen könnten nöthigenfalls auf bewaffnete Unterstützung der zweitausend Mann starken Colonie der Mozabiten rechnen. Die Mozabiten stammen aus einer Oase der algerischen Sahara. Die zehntausend Krumirs haben sich in Heerhaufen von zwölf- bis achtzehnhundert Mann zerstreut. Ein Theil der Krumirs soll seine Unterwerfung gegen pecuniäre Entschädigung angeboten haben. Unter dem Eindrucke dieser besorgnißerregenden Nachrichten ist die officiöse Pariser Presse über den männlichen Protest des Beys ganz aus den Häuschen. Der „Temps" sagt, daß es sich bei der Einladung Frankreichs, der Bey möge sich an der Unterdrückung der Krumirs betheiligen, um einen Act „entgegenkommendster Freundschaft" gehandelt habe, denn man wisse diesseits sehr wohl, daß in militairischer Hinsicht das Eingreifen der tunesischen Streitkräfte von gar keiner Wirkung gewesen sein würde. „Auf diese freundschaftliche Einladung hat der Bey mit einem Protest an die Großmächte geantwortet. Das ist seine Sache. Frankreich wollte mit ihm zusammen marschiren, es wird Dies ohne ihn thun und, wenn es sein muß, trotz ihm." Der „Temps" fügt dieser Drohung die nachdrückliche Behauptung hinzu, daß der Bey kein Recht habe, sich auf die Oberhoheit des Sultans zu berufen, eine Souverainetät, welche nicht vorhanden, von Frankreich niemals anerkannt worden sei. Zwar habe der Sultan seit 1830 mehrere Male versucht, dieselbe geltend zu machen, allein Frankreich habe ihr jedesmal das Mittelmeergeschwader entgegengesetzt, welches der ottomanischen Flotte niemals gestattet habe, Tunis zu berühren und dort auch nur einen einzigen Soldaten ans Land zu setzen. Um nun der wachsenden Ungeduld des Publicums einige Nahrung zu geben, veröffentlichen die officiösen Blätter ganze Spalten läppischer Nachrichten im Style der folgenden: „Montpellier: Um 12 Uhr 40 Min. ging ein Extrazug mit 127 Mann und 5 Officieren ab. Toulon: Soeben sind aus Lyon 294 Soldaten, 12 Officiere und 2 Pferde, aus Alby 108 Soldaten und 1 Officier angekommen." Die öffentliche Meinung in Paris fährt fort, die Langsamkeit der Zurüstungen unbegreiflich zu finden, und das militairische Fachblatt „Avenir militaire" schließt sich den heftigen Kritiken an. Die „République Française" dagegen hat einen Artikel zur Vertheidigung Farre's und behauptet mit dem größten Ernst, die Langsamkeit der Mobilisation sei absichtlich und eine überaus kluge Maßregel; man wolle nämlich das zu rasche Zusammenströmen großer Truppenmassen auf dem Operationsterrain wegen der dadurch entstehenden Verpflegungsschwierigkeiten verhindern!! Solchen Unsinn wagt das leitende Blatt Frankreichs, der Moniteur Gambetta's, den kriegerischen Franzosen allen Ernstes weiß zu machen.

Depretis ist nunmehr bestimmt mit der Neubildung des italienischen Ministeriums beauftragt worden. Wie der „Voss. Ztg." aus Rom berichtet wird, würden von den bisherigen Ministern der Finanzminister Magliani, der Unterrichtsminister Bacelli, der Minister für öffentliche Arbeiten Baccarini und der erst vor wenigen Tagen ernannte Kriegsminister Ferrero ihre Aemter behalten. Es würden demnach nur Cairoli als Minister des Auswärtigen, der Marineminister Acton, der Justizminister Villa und der Ackerbauminister Miceli zu ersetzen sein. Wie es weiter heißt, dürfte Depretis, wenn ihm die Cabinetsbildung gelingt, das Ministerium des Innern beibehalten, während